

Westbalkankonferenz in Berlin: Die Bundesregierung versucht, ihre Hegemonie über Südosteuropa zu sichern. Die dortigen Staaten haben nämlich begonnen, sich anderweitig zu orientieren. Von Jörg Kronauer **Seiten 10/11**



Wahlkampf

Stühlerücken in Kiew: Prominente Politiker trennen sich von Timoschenko. Rechte wollen »Ordnung schaffen«

2

Waffenstillstand

Israels Regierungschef verständigt sich mit Palästinensern auf Feuerpause. Ägypten öffnet Grenze zu Gaza

3

Weichenstellung

Lokführer und Zugbegleiter der Bahn AG demonstrieren. Einigungsversuch bei Lufthansa-Piloten

5

Warenkontrolle

Schlag gegen Schmuggler: Venezuela geht gegen das Verschieben von Lebensmitteln in Nachbarländer vor

9

Wer nicht arbeitet, fliegt

Ohne Zahlen vorzulegen, fabuliert die Bundesregierung über Mißbrauch von Sozialleistungen durch EU-Bürger und kündigt Maßnahmen dagegen an. **Von Elsa Koester**

Erwerbslosen Zuwanderern aus EU-Staaten sollen der Zugang zu Sozialleistungen und der Aufenthalt in Deutschland erschwert werden. So sieht es ein Gesetzentwurf des Bundeskabinetts vor, der am Mittwoch zusammen mit dem Abschlußbericht der zuständigen Staatssekretärsrunde von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) und Innenminister Thomas de Maizière (CDU) in Berlin vorgestellt wurde. Beabsichtigt wird, Zugezogenen aus EU-Staaten nach sechs Monaten den sicheren Aufenthaltsstatus zu entziehen, wenn sie keine Arbeit haben. Bei »Mißbrauch von Sozialleistungen« sollen zudem befristete Wiedereinreiseperrnen verhängt werden können. Außerdem will die Bundesregierung den Bezug von Kindergeld einschränken. Es werde geprüft, ob es rechtlich möglich sei, die Höhe der Zahlungen an den üblichen Kindergeldbetrag der Aufenthaltsländer der Kinder anzupassen, so de Maizière. Städte mit besonders hoher Zuwanderung aus EU-Mitgliedsstaaten sollen zudem eine Soforthilfe von zusätzlichen 25 Millionen Euro für Hartz-IV-Leistungen erhalten. Insgesamt sollen die Kommunen mehr als 200 Millionen Euro aus europäischen Förderprogrammen bekommen.

EU-Zuwanderer, gegen die die CSU unter dem Motto »Wer betrügt, fliegt« hetzt, sollen nun per Gesetz ferngehalten werden. Anlaß für die Debatte um »Arbeitszuwanderung« ist die seit Anfang des Jahres geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürger aus Rumänien und Bulgarien sowie die stetige Zunahme der Einwanderung aus EU-Staaten. 2012 kamen Dreiviertel der Zuwanderer aus Osteuropa, seit 2010 erhöhte sich auch die Zuwanderung aus Griechenland, Italien, Portugal und Spanien.



Nach dem Willen der Bundesregierung soll das Recht auf Freizügigkeit nicht für alle EU-Bürger gelten – Busbahnhof im bulgarischen Sofia

EU-Bürger machen dem Bericht zufolge jedoch nur fünf Prozent aller Erwerbslosen in Deutschland aus. Das Institut für Arbeits- und Berufsforschung schätzte 2013 in einer Studie zur Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, daß mehr als 60 Prozent dieser Migranten beschäftigt waren. »Der überwiegende Teil der Zuwanderer kommt für Arbeit«, erklärte auch de Maizière und räumte ein: »Es gibt kein flächendeckendes Problem der Arbeitszuwanderung.«

Nahles begründete die Notwendigkeit des neuen Gesetzes mit dem Ausnutzen von Sozialleistungen durch EU-Zuwanderer: »Freizügigkeit ist ei-

ne zentrale Säule der europäischen Vereinigung, doch jeder Mißbrauch untergräbt die Legitimität der sozialen Sicherung.« Zahlen zur tatsächlichen Höhe des angeblichen Mißbrauchs legte das Kabinett jedoch nicht vor. Auch in der Antwort auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im April räumte die Bundesregierung das Fehlen solcher Statistiken ein. »Angeblich will die Koalition die Freizügigkeit schützen, indem sie sie einschränkt. Den vermeintlichen Mißbrauch des Freizügigkeitsrechts kann sie aber nirgendwo nachweisen«, kritisierte Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Sie forderte, »Arbeitsmigranten vor Ausbeu-

tung zu schützen und die Profiteure zu bestrafen.«

Auch Annelie Buntenbach, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbunds, kritisierte den Bericht als unzureichend: »Der Mißbrauch der Arbeitnehmerfreizügigkeit durch zahlreiche schwarze Schafe unter den Arbeitgebern kommt nicht vor.«

Die deutschen Regelungen zum Ausschluß von EU-Bürgern aus dem Sozialsystem beschäftigen bereits den Europäischen Gerichtshof. Sie könnten gegen das Gleichbehandlungsgebot in der EU verstoßen. Ein erstes von zwei Grundsatzurteilen des EuGH wird für den Herbst erwartet.

Immer mehr Länder liefern Kurden Waffen

WASHINGTON/BAGDAD. Immer mehr Staaten unterstützen die Kurden im Nordirak im Kampf gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) mit Waffen. Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums vom Dienstag (Ortszeit) liefern neben den USA nun auch Kanada, Kroatien und Albanien Kriegsgewehr. Italien, Frankreich und Großbritannien hatten zuvor bereits Rüstungslieferungen angekündigt. Als eines der ersten Länder hatte Iran am Dienstag mit Waffenlieferungen begonnen, wie der Präsident der kurdischen Autonomiegebiete im Nordirak, Massud Barsani, am Dienstag in Erbil mitteilte. Das dänische Parlament wollte noch am Mittwoch darüber abstimmen, ob ein Herkules-Flugzeug in den Irak geschickt werden soll. Dieses könnte mit leichten Waffen beladen werden, die aber nicht aus Dänemark kommen. (dpa/jw)

Härtere Strafen für Rassisten



BERLIN. Rassistisch motivierte Straftaten sollen härter geahndet werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf von Justizminister Heiko Maas (Foto) wurde am Mittwoch vom Kabinett verabschiedet. Darin ist vorgesehen, den Generalbundesanwalt frühzeitig in Ermittlungen einzubinden. Die Regierung will damit Konsequenzen aus den Ermittlungsfehlern bei der Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) ziehen. Künftig soll im Strafgesetzbuch geregelt werden, daß »rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Beweggründe und Ziele« bei der Strafzumessung zu berücksichtigen sind. Der Bundestagsabgeordnete Petra Pau (Linke) geht dieser Vorstoß nicht weit genug. Sie plädierte in einer Erklärung für eine Auflösung des Inlandsgeheimdienstes: »Im Zentrum des staatlichen Versagens agierten die Ämter für Verfassungsschutz.« (Reuters/jw)

Merkel bezeichnet IS-Terror als Völkermord

Kanzlerin begründet im CDU-Fernsehen Waffenhilfe für Kurden im Irak

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) macht mächtig Stimmung für die von ihrer Regierung geplanten Waffenlieferungen an kurdische Peschmerga im Nordirak. Offiziell soll das Kriegsgewehr für die Bekämpfung der Miliz »Islamischer Staat« (IS) verwendet werden. »Es ist ein schreckliches Greuel. Man kann von einem Völkermord sprechen«, erklärte die CDU-Chefin in einem am Mittwoch im parteieigenen Propagandakanal CDU.TV veröffentlichten »Sommerinterview«. Die Gegner des

»Islamischen Staats« bräuchten »dringend bessere Ausrüstung«. Angesichts der IS-Barbarei seien Waffenlieferungen in begrenztem Umfang berechtigt – allerdings auch nur an ausgewählte kurdische Milizen, die in Syrien gegen IS-Banden kämpfenden Einheiten oder die PKK in der Türkei bleiben außen vor, wie die Kanzlerin an anderer Stelle bereits betont hatte.

Offiziell will Merkel am Sonntag mit ausgewählten Ministern ihres Kabinetts entscheiden, was aus deutschen Militärbeständen an die Kurden geliefert

wird. In den Medien ist von Handfeuer- und Panzerabwehrwaffen die Rede. Unklar ist, ob auch deutsche Ausbilder entsandt werden.

Am 1. September, dem Weltfriedenstag, kommt der Bundestag zu einer Sondersitzung zusammen, um über Merkels Waffenhilfe zu diskutieren. Entgegen ursprünglicher Planungen überlegt die Koalition, nun doch über die Lieferung von Rüstungsgütern in den Nordirak abstimmen zu lassen. Das meldete Spiegel online am Mittwochabend. Demnach erwägen Union und

SPD, einen Entschließungsantrag in die Sondersitzung einzubringen.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die IS-Miliz in ihrem harten Kern bis zu 15 000 Personen umfaßt. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Linken ist von bis zu 7 000 Kämpfern im Irak und bis zu 8 000 in Syrien die Rede. Eine Unterstützung der Regierung in Damaskus im Antiterrorkampf ist nicht geplant. Auch an eine Aufhebung des Embargos ist nicht gedacht. **Rüdiger Göbel**
♦ Siehe Seite 8

Junge Welt wird herausgegeben von 1581 Genossinnen und Genossen (Stand 22.8.2014). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

